

Nunnenkamp, Peter

Working Paper — Digitized Version

Entwicklungshilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 115

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Nunnenkamp, Peter (1985) : Entwicklungshilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 115, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/404>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Entwicklungshilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit

von Peter Nunnenkamp

AUS DEM INHALT

- Die noch in den siebziger Jahren kaum bestrittene Auffassung, daß die Kluft im Entwicklungsstand zwischen den Industriestaaten und der Dritten Welt durch finanzielle und technische Hilfe der wohlhabenden Länder entscheidend verringert werden könne, wird immer häufiger angezweifelt. Empirische Untersuchungen zeigen, daß die Entwicklungshilfe den gestellten Ansprüchen nicht gerecht geworden ist. Die eigenen Sparanstrengungen der begünstigten Staaten wurden entmutigt. Wachstumseffekte blieben vor allem dort aus, wo sie am dringendsten erforderlich gewesen wären, etwa in Schwarzafrika.
- Dem Versuch, durch eine Ausweitung des öffentlichen Ressourcentransfers und eine Konzentration der Hilfe auf die Bedürftigsten bessere Ergebnisse als früher zu erzielen, ist bisher kein Erfolg beschieden. Außerdem haben die Geberländer die Entwicklungshilfe zunehmend für ihre eigenen wirtschafts- und außenpolitischen Interessen eingesetzt.
- Es ist überdies unwahrscheinlich, daß mehr Entwicklungshilfe oder andere Schwerpunkte die wirtschaftliche Lage in der Dritten Welt überhaupt nachhaltig verbessern können. In vielen Ländern stellt nicht Kapitalmangel den zentralen Engpaß dar; vielmehr verhindern entwicklungshemmende Sozialstrukturen und falsche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, daß die Hilfe effizient absorbiert werden kann. Staatliche Kapital- und Gütertransfers verursachen Verzerrungen der Preis- und Produktionsstrukturen in den Entwicklungsländern. Eigenanstrengungen sind oftmals nicht mehr lohnend oder werden als verzichtbar angesehen. Für die Geberländer ergibt sich ein "Samariter-Dilemma", weil die anfängliche Unterstützung immer neue Hilfsbedürftigkeit erzeugt.
- Um die durch staatliche Entwicklungshilfe ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen zu stoppen, sollten die Industrieländer statt permanenter Unterstützung vorrangig kurzfristige Katastrophenhilfe gewähren. Weiterhin scheint es sinnvoll, die Rolle privater Organisationen sowohl auf der Geber- als auch auf der Empfängerseite zu stärken. Der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Organisationen sollte gefördert werden, damit eine möglichst effiziente Verwendung der Mittel gewährleistet ist. Entwicklungshilfe sollte ferner nur dann geleistet werden, wenn die Wirtschaftspolitik der Empfängerstaaten dazu beiträgt, daß sie nutzbringend eingesetzt werden kann. Notwendige Korrekturen der Rahmenbedingungen in der Dritten Welt sind jedoch erst dann durchzusetzen, wenn die Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen. Vor allem müssen sie durch eine Öffnung ihrer Märkte für die Exporte aus den Entwicklungsländern eine wichtige Voraussetzung dafür schaffen, daß sich deren Abhängigkeit von externer Hilfe verringert.

ENTWICKLUNGSHILFE ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

I. Einleitung

Noch in den siebziger Jahren war die Auffassung nahezu unbestritten, daß die wirtschaftliche Lage der Dritten Welt durch finanzielle und technische Hilfe der Industrieländer nachhaltig verbessert werden könnte. In der jüngeren Vergangenheit vollzog sich jedoch ein tiefgreifender Wandel: Die Beobachtung, daß die Kluft im Entwicklungsstand von reichen und armen Ländern nicht merklich abgebaut werden konnte, oder sogar noch größer geworden war, ließ zunehmend Zweifel an der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe aufkommen. Es schien angebracht, ihren Sinn und ihre Erfolgsbedingungen neu zu überdenken.

Die kritische Überprüfung traditioneller Ansätze und Denkweisen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abgeschlossen. Vielfach wird noch die Ansicht vertreten - nicht zuletzt innerhalb der Entwicklungshilfebürokratien der Geberländer -, durch eine Aufstockung der Hilfe und/oder durch neue Schwerpunkte ihrer Vergabe ließen sich deutlich bessere Ergebnisse als in der Vergangenheit erzielen. Es ist nicht auszuschließen, daß die Präsentation neuer Konzeptionen auch dazu dient, von bisherigen Mißerfolgen abzulenken. Eine kritische Bestandsaufnahme soll deshalb zeigen, ob die Entwicklungshilfe in jüngster Vergangenheit wenn schon nicht in quantitativer, so doch in qualitativer Hinsicht erheblich verbessert worden ist - wie es von der Geberseite behauptet wird (Abschnitt II). Aber selbst, wenn die Industrieländer den eigenen Ansprüchen gerecht geworden sein sollten, wäre - so wird von anderer Seite vermutet - die Entwicklungshilfeproblematik nicht zu lösen; die Unzulänglichkeiten hätten tieferliegende Ursachen. Ausgangspunkt für derartige Überlegungen sind empirische Studien zu den Auswirkungen der Entwicklungshilfe. Diese sollen im Abschnitt III kurz zusammengefaßt werden. Danach wird genauer auf die unterschiedlichen Erklärungsansätze für enttäuschende Erfahrungen (Abschnitt IV) und die daraus abzuleitenden Folgerungen eingegangen (Abschnitt V).

II. Qualitative Verbesserung der Entwicklungshilfe durch die Industriestaaten?

Der einfachste Weg, den aufkommenden Zweifeln an der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe zu begegnen, lag darin, ihren Umfang und ihre Qualität in der Vergangenheit für unzureichend zu erklären und für die Zukunft Verbesserungen zu versprechen. Dieser Weg wurde von vielen Geberländern und -organisationen beschritten. Stellt man mögliche Bedenken, ob eine derartige Strategie tatsächlich Erfolg verspricht, zunächst einmal zurück (vgl. hierzu die Abschnitte III und IV), so bleibt die Frage, inwieweit die Versprechungen bisher überhaupt eingehalten worden sind.

In quantitativer Hinsicht ist die Antwort eindeutig: Legt man das vielzitierte 0,7 vH-Ziel, nach dem die Geberländer einen entsprechenden Anteil ihres Brutto-sozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) bereitstellen sollen, als Meßlatte an, um über Erfolg oder Mißerfolg im Hinblick auf die Einhaltung gegebener Zusagen zu urteilen, so zeigt sich, daß auch in der jüngsten Vergangenheit die breite Kluft zwischen angestrebter und realisierter Entwicklungshilfe fortbestand. Für alle Mitgliedsstaaten des Development Assistance Committee (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengenommen erreichte der Anteil im ersten Drittel der achtziger Jahre lediglich Werte von 0,35 - 0,38 vH und war damit gegenüber den siebziger Jahren nahezu unverändert [OECD, 1984].

Angesichts der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industrieländer kann dies eigentlich kaum verwundern; gibt es doch einen deutlichen Zusammenhang zwischen den Hilfeanstrengungen und der konjunkturellen Lage der Geberländer. Mit einjähriger Verzögerung folgte auf den Einbruch der realen Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts von 3,3 vH (1979) auf nur noch 1,3 vH (1980) in den OECD-Staaten ein Rückgang ihrer (nominalen) ODA um 1,8 Mrd. US \$ auf 25,5 Mrd. US \$ im Jahr 1981. Nach einer Erholung von gesamtwirtschaftlicher Zuwachsrates und ODA ein Jahr später wirkte sich die (leichte) reale Abnahme des OECD-Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1982 wiederum mit nur geringer Verzögerung auf die Bereitschaft dieser Länder aus, Entwicklungshilfe zu gewähren; die Leistungen schrumpften 1983 um 0,3 Mrd. US \$ auf 27,5 Mrd. US \$ und stiegen erst 1984 wieder auf 29,3 Mrd. US \$.

Vor diesem Hintergrund beklagten viele Entwicklungsländer, daß sie durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industriestaaten einer doppelten Bedrohung ausgesetzt waren: Zum einen verschlechterten sich ihre Chancen, Devisen über verstärkte Exporte zu verdienen, und gleichzeitig bestand kaum Aussicht, dies durch erhöhte ODA-Zuflüsse auszugleichen (1). Die Industrieländer - im Nord-Süd Dialog erneut in die Defensive gedrängt - verteidigten sich damit, daß die Stagnation der öffentlichen Entwicklungshilfe durch qualitative Verbesserungen für die Empfängerstaaten erträglicher würde. Die Geber behaupteten, aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und die Qualität der Hilfe aufgrund dieser Erfahrungen erhöht zu haben [Deutscher Bundestag, 1985, S. 35]. So würde:

- die regionale Struktur der ODA zugunsten der Länder mit geringem Pro-Kopf-Einkommen verschoben;
- die ODA verstärkt auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen in den Empfängerstaaten ausgerichtet;
- die Förderung der industriellen Entwicklung in zunehmendem Maße durch eine Unterstützung von oftmals kleineren Handwerks- und Landwirtschaftsprojekten ergänzt.

Genauso plausibel erscheint jedoch das Gegenargument: Die Industriestaaten würden den angeblich positiven Qualitätsaspekt betonen, um von der ungünstigen quantitativen Entwicklung abzulenken. Für dieses Argument spricht nicht zuletzt, daß die Politisierung der ODA-Vergabe zuzunehmen schien, etwa dadurch, daß Lieferbindungen Platz griffen. Die folgenden Ausführungen dienen dazu, die Entwicklungshilfepolitik der Geber an den eigenen Ansprüchen zu messen (2).

Schon im Verlauf der siebziger Jahre wurde in zunehmendem Maße beklagt, daß es trotz teilweise beeindruckender gesamtwirtschaftlicher Wachstumsraten in der Dritten Welt nicht gelungen war, die absolute Armut weiter Bevölkerungsteile merklich

(1) Dies galt um so mehr, als die OPEC-Staaten ihre Entwicklungshilfeleistungen bei drastisch verschlechterter Leistungsbilanzsituation nahezu halbierten (1980: 9,6 Mrd. US \$; 1983: 5,5 Mrd. US \$).

(2) Die Erörterungen basieren auf einem Papier des Autors, das unter dem Titel "Entwicklungshilfe auf dem Prüfstand" im Jahrbuch "Die Internationale Politik 1983/84" erscheint. Es wird von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. herausgegeben. Der Autor dankt den Herausgebern, daß er auf dieses Papier zurückgreifen konnte. Die statistischen Angaben stützen sich auf OECD [1984], Deutscher Bundestag [1985] und Wilkens [1985].

abzubauen [Streeten, 1979; ul Haq, Burki, 1980; Crosswell, 1981]. Für die Entwicklungshilfe wurde hieraus die Konsequenz gezogen, daß sie vor allem sogenannte Armutsstrategien verfolgen müsse. So wurde unter anderem angekündigt, daß öffentliche Leistungen zukünftig stärker auf Empfängerstaaten mit besonders niedrigem Entwicklungsniveau konzentriert würden (1). Die Statistiken zur Empfängerstruktur der ODA lassen jedoch vermuten, daß es sich hierbei vorwiegend um Lippenbekenntnisse gehandelt hat. Selbst wenn man den bevorzugt zu behandelnden Kreis von Ländern weit faßt und die Weltbankdefinition von Niedrigeinkommensländern anlegt (Pro-Kopf-Einkommen unter 600 US \$ im Jahr 1980), entfielen in den Jahren 1982-1983 jeweils nicht mehr als 56 vH der gesamten ODA aller DAC-Länder auf diese Gruppe. An die primäre Zielgruppe der 36 ärmsten Staaten (die sogenannten LLDCs, durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen 1982: 230 US \$) floß weniger als ein Fünftel der bilateralen DAC-Hilfe. Der letzte verfügbare Wert (1983) lag mit 17 vH sogar um 3 Prozentpunkte unter dem Anteil von 1975. Zwar verwies die OECD darauf, daß vor allem die geringe Bedeutung, die die USA den LLDCs zuwies, die erheblichen Anstrengungen anderer Geberländer bei der Umverteilung von ODA zugunsten dieser Gruppe zunichte machte [OECD, 1984, S. 87]. Aber auch für die Bundesrepublik galt, daß der Anteil der LLDCs an der bilateralen ODA zu Beginn der achtziger Jahre kaum höher war als 1975 (22 vH); seit 1980 ergab sich sogar ein Rückgang von 25 auf 21 vH (1983). Wenn man die ODA aus allen Quellen auf die Bevölkerung der Empfängerstaaten umlegt, ergibt sich für 1983, daß von 28 Entwicklungsländern mit Zuflüssen von mehr als 30 US \$ pro Kopf nur neun Staaten der Gruppe der LLDCs und weitere acht den sonstigen Niedrigeinkommensländern angehörten. Die restlichen elf Länder wiesen dagegen zum Teil erheblich höhere Pro-Kopf-Einkommen auf (2).

Im Rahmen der sogenannten Armutsstrategien sollten ferner vermehrt Projekte realisiert werden, die der Befriedigung von Grundbedürfnissen (also z.B. Ernährung, Kleidung, Wohnung) dienen. Ob in dieser Hinsicht tatsächlich eine signifikante Schwerpunktverlagerung stattfand, ist kaum schlüssig zu überprüfen. Die

-
- (1) Für die Bundesrepublik, die sich damit in Übereinstimmung mit Beschlüssen der Vereinten Nationen sah, vgl. BMZ [1980, S. 7 und S. 18].
 - (2) Es ist verschiedentlich versucht worden, mit Hilfe von Regressionsanalysen der Frage nachzugehen, ob es einen sogenannten "middle-income bias" bei der Vergabe von ODA (pro Kopf) gab. Dabei gelangte man zu unterschiedlichen Ergebnissen: Während Henderson [1971], Crosswell [1981] sowie Dowling und Hiemenz [1985] die Hypothese verwarfen, sahen Isenman [1976] sowie überwiegend auch Edelman und Chenery [1978] sie als bestätigt an.

Bundesrepublik wies zwar einen leicht steigenden Anteil grundbedürfnisorientierter Vorhaben aus (1981-1982: 28,5 vH; 1983-1984: ca. 32 vH). Internationale Vergleiche sind jedoch nicht möglich, weil keine einheitliche Berichterstattung erfolgt. Möglicherweise bieten die Geberstaaten überdies ein künstlich geschöntes Bild; sie können durch eine weit gefaßte Definition der Grundbedürfnisse vermehrt Projekte unter dieser Rubrik verbuchen.

Weitere Aufschlüsse über die Grundbedürfnisorientierung lassen sich unter Umständen gewinnen, wenn man die sektorale Verteilung der ODA betrachtet. Es hätte vermutlich der angekündigten Strategie entsprochen, wenn die Mittel verstärkt in die Landwirtschaft sowie in das Gesundheits- und Ausbildungswesen der Empfängerstaaten geflossen wären. Auf die bilateralen Hilfszusagen aller DAC-Länder bezogen haben sich hier in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre tatsächlich deutliche Schwerpunktverlagerungen ergeben: Der Anteil der Landwirtschaft stieg von 9 (1975) auf 18 vH (1979), jener des Gesundheitswesens von 4 auf 7 vH und der des Ausbildungsbereichs von 11 auf 17 vH. Diese Entwicklung setzte sich später jedoch nicht fort; im Jahr 1983 beliefen sich die Anteile auf 17 vH (Landwirtschaft), 8 vH (Gesundheitswesen) und 16 vH (Ausbildung).

Strukturverschiebungen in der Entwicklungshilfe wurden ferner in der Weise angestrebt, daß man versuchte, von Großprojekten wegzukommen und verstärkt Klein- und Kleinstvorhaben zu unterstützen. Eine entsprechende Politik wurde auch von wissenschaftlicher Seite empfohlen [vgl. z.B. Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerika-Forschung, 1983, S. 22 ff.]. Auch hierdurch hoffte man, die Qualität der ODA zu erhöhen. Die traditionelle Konzentration auf Großprojekte hatte oftmals zu nicht einkalkulierten Folgekosten geführt sowie die eigentliche Zielbevölkerung von Entwicklungshilfe, die besonders benachteiligten Schichten in den Entwicklungsländern nicht in die Planung und Durchführung einbezogen und daher kaum begünstigt [vgl. z.B. Erler, 1985; Böll, 1985]. Abhilfe wurde beispielsweise von stärkerer Handwerks- und Kleingewerbeförderung sowie vom Ausbau von Selbsthilfeeaktivitäten erwartet, da so arbeitsintensive (und damit den komparativen Vorteilen der Empfängerländer entsprechende) Produktionen vorangetrieben werden könnten und sich absolute Armut zurückdrängen ließe [Deutscher Bundestag, 1985, S. 46 f., S. 58 f., S. 66, S. 84]. Anhand der vorliegenden Statistiken kann nicht überprüft werden, inwieweit derartige Ankündigungen bereits realisiert wurden. Vereinzelt Informationen für die Bundesrepublik deuten eher darauf hin, daß starke und schnelle Strukturverschiebungen nicht möglich waren:

- Zwar wurde 1983 ein eigener Haushaltstitel "Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben des Handwerks durch private deutsche Träger und Handwerkskammern" geschaffen; mit 4,1 Mill. DM (1983) bzw. 5,6 Mill. DM (1984) wurden aus diesem Titel aber nur etwa 0,1 vH der gesamten bilateralen ODA ausgegeben.
- Vom Umfang her unbedeutend blieb auch die "Förderung von Kleinstmaßnahmen durch technische Zusammenarbeit", die die Selbsthilfe kleiner Zielgruppen anregen sollte; die entsprechenden Haushaltsansätze wurden von 4 Mill. DM (1983) auf 6 Mill. DM (1984) aufgestockt.

Eine merkliche Substitution von Großprojekten durch kleinere Vorhaben stieß sowohl bei den Gebern als auch bei den Empfängern auf Hemmnisse. Die staatlichen Stellen in den Empfängerländern waren aus Prestigegründen oftmals hauptsächlich an Großprojekten interessiert. Aber auch in den Entwicklungshilfebürokratien der Geberländer existierte ein Druck, Vorhaben zu präferieren, die umfangreiche Mittelbanden und die sich gleichzeitig an die eingefahrenen Wege hielten, da sich der Verwaltungsaufwand und die Arbeitsbelastung anderenfalls drastisch erhöht hätten.

Wenn überhaupt, dann haben die bisher erwähnten Strukturverschiebungen allenfalls geringfügige Qualitätsverbesserungen der ODA aufgezeigt. Befürchtungen, nach denen auf der Geberseite lediglich von der ungünstigen Entwicklung des Umfangs an ODA abgelenkt wurde, scheinen sich deshalb zu bestätigen. Dies gilt um so mehr, als in der jüngeren Vergangenheit die Gewährung von Entwicklungshilfe zunehmend an den Bezug von Waren oder Dienstleistungen aus dem Geberland gekoppelt wurde. Die Lieferbindung reduzierte den realen Wert der Hilfe für die Empfänger, weil es diesen verwehrt wurde, die jeweils günstigsten Bezugsquellen zu benutzen (1). Diese Entwicklung hat sich bisher in den veröffentlichten Angaben zum Anteil der gebundenen Hilfe an der ODA aller DAC-Staaten (noch) nicht niedergeschlagen. Der Anteil gebundener ODA blieb am Anfang der achtziger Jahre weitgehend unverändert, nachdem er sich zuvor von 60 (1975) auf 44 vH (1980) stark vermindert hatte. Ein anderes Bild ergibt sich für die Bundesrepublik, die im Vergleich zu anderen DAC-Ländern traditionell die ungebundene Hilfe begünstigt hatte. Nach 1980 stieg der Anteil liefergebundener ODA um fast 10 Prozentpunkte und erreichte 1983 mit 32 vH fast wieder den Wert für 1975. Hier zeigten

(1) Es wurde geschätzt, daß die Lieferbindung den realen Wert von ODA um durchschnittlich 20 vH verminderte [Donges, 1981, S. 112].

sten ODA-Leistungen pro Kopf ihrer Bevölkerung erhielten, mindestens fünf Staaten, die vermutlich nicht aus entwicklungspolitischen Erwägungen der Geber in diese Spitzenpositionen geraten waren. Länder wie Israel, Jordanien, Syrien, Oman und Costa Rica wiesen bereits recht hohe Pro-Kopf-Einkommen auf (1982: 1300-5600 US \$). Sie dürften vor allem deshalb begünstigt worden sein, weil sie in politisch wichtigen Krisenregionen liegen. Hauptsächlich in den USA wurde immer nachhaltiger gefordert, die Entwicklungshilfepolitik in die Ost-West-Problematik einzubeziehen. Aus diesem Grunde wurde bei der Ausstattung multilateraler Entwicklungshilfeinstitutionen, mit deren Vergabepolitik man aus politischen Gründen nicht einverstanden war, restriktiv verfahren (1), und die bilaterale ODA wurde stark auf eine kleine Gruppe von Begünstigten konzentriert (2).

III. Zu den Wirkungen der Entwicklungshilfe

Die obige Bestandsaufnahme hat gezeigt, daß die Stagnation des Umfangs an Entwicklungshilfe nicht - wie angekündigt - durch strukturelle Verbesserungen aufgefangen wurde. Die Qualität der ODA wurde teilweise sogar beeinträchtigt. Damit waren - abgesehen von möglichen tieferliegenden Ursachen für ausbleibende wirtschaftliche Erfolge in der Dritten Welt durch externe Hilfe - schon die Voraussetzungen dafür denkbar schlecht, daß die Effizienz des öffentlichen Ressourcens-transfers in den letzten Jahren gesteigert werden konnte. Die bereits in den siebziger und frühen achtziger Jahren angestellten empirischen Untersuchungen zu den Auswirkungen der Hilfe auf die wirtschaftliche Entwicklung der Empfängerstaaten dürften daher weiterhin Gültigkeit haben und zentrale Aufschlüsse vermitteln können. Die Ergebnisse dieser Analysen bilden eine wichtige Grundlage für die im Abschnitt IV diskutierten Ansätze, die die Lücke zwischen dem entwicklungspolitischen Anspruch und dem tatsächlich Erreichten zu erklären versuchen.

(1) Ein längerfristiger Trend zum Bilateralismus läßt sich anhand der veröffentlichten Angaben allerdings bisher nicht nachweisen. Für die DAC-Länder insgesamt schwankte der Anteil der multilateralen ODA an der gesamten ODA kurzfristig recht heftig (1975, 1979: 28 vH; 1980: 34 vH; 1981: 29 vH; 1982, 1983: 33-34 vH).

(2) So flossen am Anfang der achtziger Jahre jeweils mehr als ein Drittel der amerikanischen, französischen und japanischen ODA an nur fünf Länder.

fielen (z.B. verschlechterte internationale Austauschverhältnisse und Naturkatastrophen in Ländern der Dritten Welt). Selbst wenn hierdurch Verzerrungen der Schätzergebnisse verursacht wurden, ist es dennoch wahrscheinlich, daß die Gewährung von Entwicklungshilfe zu nachlassenden Sparanstrengungen in den begünstigten Staaten geführt hat. Die Regierungen in der Dritten Welt konnten den Staatskonsum aufblähen und den Aufbau wirksamer Steuersysteme vernachlässigen. Die private Spartätigkeit ist vermutlich besonders dort zurückgegangen, wo aus Entwicklungshilfemitteln künstlich verbilligte Kredite für die Unternehmen bereitgestellt wurden.

Die Schätzungen zum Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und gesamtwirtschaftlichem Wachstum in den Empfängerländern zeigten je nach Untersuchungszeitraum und Länderauswahl unterschiedliche Ergebnisse. Positive Wachstumswirkungen schienen aber oftmals lediglich aus unrealistischen Annahmen zu resultieren, die den Modellen zugrunde gelegt waren. So wurde teilweise unterstellt, daß die externen Ressourcenzuflüsse ausschließlich für Investitionen verwandt wurden und keine negativen Folgen für die Kapitalproduktivität hatten. Eine wichtige Erkenntnis lag darin, daß die Wachstumswirkungen von Entwicklungshilfe zwischen verschiedenen Gruppen von Entwicklungsländern stark variierten. Es deutete einiges darauf hin, daß positive Impulse hauptsächlich in solchen Staaten ausgelöst bzw. verstärkt wurden, die bereits vergleichsweise fortgeschritten waren, z.B. in Asien oder in Ländern mit mittleren Einkommen [Agarwal et al., 1984; Papanek, 1973; Dowling, Hiemenz, 1983]. Dagegen schienen Wachstumseffekte der Entwicklungshilfe dort, wo sie am dringendsten erforderlich gewesen wären, weitgehend ausgeblieben zu sein, etwa in der Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer, in den afrikanischen Staaten und in den stark rohstofforientierten Volkswirtschaften.

Schlüssige empirische Untersuchungen zu den Verteilungswirkungen von Entwicklungshilfe innerhalb der Empfängerstaaten sind bisher nicht durchgeführt worden. Aus den enttäuschenden Wachstumswirkungen folgt jedoch, daß vor allem für die zurückgebliebenen Länder der Dritten Welt bereits die Voraussetzungen für Durchsickereffekte weitgehend fehlten. Was die Befriedigung von Grundbedürfnissen anbelangt, so konnte in einer regressionsanalytischen Untersuchung für gut 80 Entwicklungsländer kein positiver Einfluß der ausländischen Hilfe festgestellt werden. Das "vernichtende Urteil über die Effizienz der Entwicklungshilfe in bezug auf das Grundbedürfnisziel" [Agarwal et al., 1984, S. 115] mußte bei einer Betrachtung einzelner Regionen kaum revidiert werden: Im Hinblick auf den umfas-

senden Indikator "Veränderung der Lebenserwartung" ergab sich lediglich für Asien ein statistisch gesicherter positiver Einfluß, nicht dagegen für Afrika und Lateinamerika.

IV. Erklärungsansätze für enttäuschende Erfahrungen

Die empirischen Erkenntnisse verstärkten den Eindruck, daß die Entwicklungshilfe die in sie gesetzten hohen Erwartungen in der Vergangenheit kaum erfüllt hatte; die Suche nach möglichen Gründen hierfür wurde deshalb intensiviert. Die unterschiedlichen Erklärungsansätze konzentrieren sich auf:

- die Frage, ob Kapitalmangel tatsächlich den zentralen Entwicklungsengpaß in der Dritten Welt darstellt;
- wirtschaftliche Fehlentwicklungen, die unter Umständen durch externe Hilfeleistungen ausgelöst werden;
- polit-ökonomische Faktoren, wie die Rolle der nationalen Eliten in den Entwicklungsländern und die möglichen Auswirkungen der Hilfe auf die Eigenanstrengungen der Empfänger.

In der entwicklungspolitischen Diskussion herrschte lange Zeit die Meinung vor, daß mit der Beobachtung einer relativen Knappheit des Produktionsfaktors Kapital in den meisten Staaten der Dritten Welt gleichzeitig auch der zentrale Entwicklungsengpaß für diese Länder identifiziert war. Diese Kapitalmangelhypothese übersah jedoch sowohl theoretische als auch empirische Erkenntnisse. Zunächst wurde verkannt, "daß es jedem auch noch so armen Entwicklungsland offensteht, eine 'Sparlücke' bei der Finanzierung rentabler Entwicklungsprojekte durch Anleihen inländischer Unternehmen am internationalen Kapitalmarkt oder durch Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen zu schließen" [Giersch, 1984b]. Dies gilt selbst für Infrastrukturmaßnahmen, die von der Regierung durch kommerzielle Kredite finanziert werden können. Entwicklungshilfe war deshalb - im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung - keine notwendige Bedingung, um die heimischen Ersparnisse ergänzen zu können. Vielmehr waren hauptsächlich solche Länder auf ODA angewiesen, die Barrieren für den Import kommerzieller Kapitalmittel errichteten, sei es, daß sie diese Zuflüsse aufgrund politischer Erwägungen unterbanden, oder

sei es, daß sie kommerzielle Kapitalgeber durch investitionsfeindliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen abschreckten. Damit waren aber gleichzeitig auch die Voraussetzungen dafür denkbar schlecht, daß Entwicklungshilfe effizient eingesetzt werden konnte.

Der Mangel an (kommerziellem) Kapital ist vor allem in vielen Staaten Afrikas und Lateinamerikas nicht selbst der zentrale Entwicklungsengpaß, sondern eher ein Symptom für tieferliegende Probleme [Galbraith, 1971; Gulati, 1978; Langhammer, 1984]. Die durch fehlende kulturelle Voraussetzungen sowie entwicklungshemmende Sozialstrukturen und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen verursachten Engpässe können durch Entwicklungshilfe nicht ausgeglichen werden. Diese Faktoren dürften insbesondere in den ärmeren Staaten der Dritten Welt die Absorptionsfähigkeit, d.h. das Ausmaß, in dem Entwicklungshilfe nutzbringend verwandt werden kann, begrenzt haben [Donges, 1983, S. 60]. Inländische Komplementärfaktoren, wie heimische Vorleistungen und unternehmerische Leistungen, konnten vermutlich oftmals nicht oder nur unzureichend aufgebracht werden. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, daß den von den Geberländern angestrebten Armutsstrategien auch in Zukunft kein großer Erfolg beschieden sein dürfte.

Auch empirische Erkenntnisse widersprechen einer allgemein gültigen Kapitalmangelhypothese. So zeigte eine Untersuchung zur Auslastung des industriellen Sachkapitals in einer Reihe von Entwicklungsländern recht niedrige Nutzungsgrade auf (im ungewogenen Durchschnitt 35-50 vH für Israel, Kolumbien, die Philippinen und Malaysia, wobei Vollausslastung als 24-Stunden-Betrieb während des ganzen Jahres definiert wurde) [Bautista u.a., 1981]. Schätzungen zu den Wachstumswirkungen von Entwicklungshilfe, die die Möglichkeit eines unterausgelasteten Kapitalstocks zuließen, deuteten überdies darauf hin, daß ODA eher durch Nachfrage- als durch Angebotseffekte (Ausweitung des Produktionspotentials) auf das Sozialprodukt einwirkte [Agarwal et al., 1984, S. 95-97].

Nicht nur, daß Entwicklungshilfe die zentralen Entwicklungsengpässe in vielen Empfängerstaaten offensichtlich nicht überwinden kann, sie trägt möglicherweise sogar dazu bei, daß neue Hemmnisse entstehen. Auf Projektebene stellen sich trotz verfeinerter methodischer Verfahren weiterhin schwierige Evaluierungsprobleme. Wird die Vorteilhaftigkeit von Vorhaben anhand von Kosten-Nutzen-Analysen beurteilt, so hängt das Ergebnis in der Regel von höchst unsicheren Prognosen über zukünftige Entwicklungen ab. Neben der Schwierigkeit, die unmittelbar projektbe-

zogenen Zahlungsströme zu quantifizieren, stellt sich das kaum zu lösende Problem, vielfältige Sekundäreffekte von Projekten in die Beurteilung einzubeziehen. Erfahrungsberichte zeigten, daß dies häufig nicht befriedigend gelang und vorgeblich nützliche Maßnahmen sich im nachhinein als eher schädlich erwiesen (1). Die Gefahr, daß negative Sekundäreffekte und Folgekosten unberücksichtigt bleiben oder sogar unterschlagen werden, besteht vor allem dann, wenn die Auswahl, die Durchführung und die Überprüfung von Projekten in einer Hand liegen, oder von Stellen vorgenommen werden, die nicht voneinander unabhängig sind. Derartige "Eigenprüfungen" sind immer noch weit verbreitet.

Selbst wenn einzelne Vorhaben auch bei unverzerrten Beurteilungsmaßstäben einer Überprüfung standhalten, ist nicht immer gewährleistet, daß die externe Hilfe die Entwicklung des Empfängerstaats vorantreibt. Die Projektbindung von ODA setzt nationale Ressourcen des begünstigten Landes frei. Wegen der Austauschbarkeit der Mittel dürften häufig auch gesamtwirtschaftlich ineffiziente Projekte durchgeführt werden. Die politisch Verantwortlichen erhalten durch ODA "oftmals den finanziellen Spielraum zur Durchsetzung von machtpolitisch motivierten Vorhaben wie Pläne zur Aufrüstung, Maßnahmen zur Unterdrückung von Minderheiten und Projekte, die vorwiegend dem eigenen Nachruhm dienen" [Giersch, 1984a].

Auf makroökonomischer Ebene ist Entwicklungshilfe überdies geeignet, Verzerrungen der Preisstrukturen - und damit auch der Produktionsstrukturen - im Empfängerland zu verstärken. Dort, wo überwiegend Geldtransfers vergeben werden, droht eine Überbewertung der Währung des Nehmers, weil das Devisenangebot tendenziell steigt. Dieser Wechselkurseffekt diskriminiert die Exporteure in den Entwicklungsländern und solche Unternehmen, die auf dem Inlandsmarkt mit ausländischen Anbietern konkurrieren, zugunsten des reinen Binnensektors. Da zum letzteren der staatliche Bereich gehört, wird die Ausdehnung der Bürokratie begünstigt [Donges, 1983, S. 58]. Zudem wird der Produktionsfaktor Kapital durch den subventionierten Kapitalzufluß aus dem Ausland verbilligt, was eine Kapitalintensivierung der Produktion anregt, die den komparativen Vorteilen der meisten Entwicklungsländer widerspricht. Beide Faktoren begünstigen Fehlspezialisierungen, die auf mittlere Sicht Verschuldungsprobleme heraufbeschwören. Die Beobachtung, daß auch Entwicklungsländer, deren Kapitalimporte größtenteils aus Entwicklungshilfekrediten mit recht günstigen Konditionen bestanden, Schwierigkeiten bei der

(1) Vgl. die vielen - teilweise umstrittenen - Beispiele in Erler [1985].

Bedienung ihrer Auslandsverbindlichkeiten bekamen, ist ein deutliches Indiz hierfür.

Dort, wo überwiegend Gütertransfers vergeben werden, konkurrieren diese oftmals mit Produkten, die in den Empfängerstaaten selbst hergestellt werden (oder werden könnten). Die Folgen werden vor allem bei dauerhafter, d.h. nicht auf kurzfristige Katastrophenhilfe beschränkter Nahrungsmittelhilfe deutlich: Die Güterpreise auf den Inlandsmärkten werden durch die ausländischen (verbilligten oder geschenkten) Lieferungen gedrückt. Für die nationalen Anbieter bestehen nur noch unzureichende Produktionsanreize, mit der Konsequenz, daß das inländische Nahrungsmittelangebot zurückgeht und Staaten trotz des Potentials zur Selbstversorgung zunehmend in Abhängigkeit von Auslandshilfe geraten [Fischer, Mayer, 1981].

Zu den wirtschaftlichen Fehlentwicklungen kommen die politischen und sozialen Auswirkungen der Entwicklungshilfe hinzu, die durchweg negativ beurteilt werden. Diese Einschätzung vereint spätestens seit Anfang der achtziger Jahre Denkschulen, die ansonsten wenig gemeinsam haben. Kritik kam nicht nur aus den Geberländern, sondern wurde auch innerhalb solcher Entwicklungsländer geäußert, die zu den bevorzugten Empfängern externer Hilfe gehören [zu Bangladesch vgl. Sobhan, 1982; zu Indien vgl. Bhatia, 1981]. Übereinstimmend wird die Tatsache, daß die Regierungen der Empfängerstaaten über den größten Teil der Entwicklungshilfe verfügen und damit ihre Macht ausbauen können, als entscheidende Ursache für weitreichende negative Folgen der ODA-Vergabe angeführt.

Gemäß der Dependenztheorie läßt sich staatliche Entwicklungshilfe als Instrument bezeichnen, mit dem bewußt eine Interessenharmonie zwischen den Eliten in den dominierenden Industrienationen einerseits und in den abhängigen Ländern der Dritten Welt andererseits hergestellt bzw. stabilisiert werden kann. Danach bereichern sich die Mächtigen in den Entwicklungsländern auf Kosten der vorgeblichen Zielgruppen der externen Hilfe; der ärmeren Bevölkerungsschichten, so daß eine umfassende Besserung der wirtschaftlichen Lage in den Empfängerstaaten nicht zu erwarten ist. Diese Selbstprivilegierung wird nach Elsenhans [1981] dadurch ermöglicht, daß sich in vielen Entwicklungsländern eine neue Klasse, die bürokratische Staatsklasse, herausgebildet hat. Diese ist keiner wirksamen Konkurrenz ausgesetzt, die sie zwingen könnte, die vom Ausland empfangenen Leistungen zumindest teilweise an die unterprivilegierte Bevölkerung weiterzugeben; die mono-

politische Macht dieser Klasse erlaubt es ihr vielmehr, die Hilfe weitgehend für den eigenen (Luxus-)Konsum zu nutzen.

Die Gleichgültigkeit der herrschenden Oberschicht in den meisten Staaten der Dritten Welt gegenüber der Not der Bevölkerungsmehrheit wurde auch von Myrdal [1981a; 1981b] - in früheren Zeiten einer der profiliertesten Verfechter der traditionellen Entwicklungshilfekonzeption - als entscheidender Faktor für die enttäuschenden Erfahrungen mit staatlichen Ressourcentransfers bezeichnet. Die oftmals korrupten Eliten stellen danach das zentrale Hindernis für eine breite wirtschaftliche Entwicklung dar, da sie grundlegende Reformen (z.B. Landreformen) blockieren, die die Voraussetzungen für eine Überwindung der Rückständigkeit schaffen könnten. Da der traditionelle Weg der ODA-Vergabe den Herrschenden die Verfügungsmacht über die Leistungen einräumt, trägt die externe Hilfe indirekt dazu bei, daß sich die entwicklungshemmenden Machtstrukturen verfestigen.

Die am weitesten gehende Kritik behauptet einen unmittelbaren negativen Zusammenhang zwischen der Höhe der Entwicklungshilfe und der wirtschaftlichen Lage in den Empfängerstaaten [vgl. z.B. Bauer, 1982; 1985]: "Staatliche Entwicklungshilfe ist die Ursache des 'Nord-Süd-Konflikts', nicht seine Lösung. Sie hat die Dritte Welt als Kollektiv überhaupt erst hervorgebracht." Externe Hilfe kann danach kaum helfen, weil sie am Volkseinkommen der Nehmerländer gemessen recht gering bleibt; sie kann aber viel schaden, weil sie im Verhältnis zu den Staatseinnahmen bedeutend ist. Die Verfügungsmacht über die transferierten Ressourcen ermöglicht es dem öffentlichen Sektor, gesamtwirtschaftlich schädliche Politiken fortzusetzen; zu nennen sind etwa die Festsetzung künstlich niedrig gehaltener Abnahmepreise für Nahrungsmittel, Zwangskollektivierungen, Diskriminierungen von produktiven Minoritäten, Industrialisierungsstrategien, die die komparativen Vorteile der Länder mißachten, und die Orientierung an Bildungsmodellen westlicher Prägung. Hinzu kommen die negativen Effekte, die von den Reaktionen des privaten Sektors auf die staatliche Übermacht ausgelöst werden. Es wurde eine zunehmende Politisierung durch Entwicklungshilfe konstatiert, d.h., "die Aufmerksamkeit, die Energie und die Mittel vieler Bürger werden vom wirtschaftlichen auf das politische Leben gelenkt, weil ihr Schicksal und oft auch ihr wirtschaftliches und physisches Überleben von Politikern und ihren Agenten abhängen" [Bauer, 1985]. Eigenanstrengungen im wirtschaftlichen Bereich sind oftmals nicht mehr lohnend oder werden angesichts der externen Hilfe als verzichtbar angesehen. Die Empfänger werden in zunehmendem Maße abhängig von weiteren Ressourcentransfers; während sich für

die Geber das "Samariter-Dilemma" stellt, weil die anfängliche Unterstützung immer neue Hilfsbedürftigkeit erzeugt.

V. Entwicklungspolitische Schlußfolgerungen

Trotz der Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Erklärungsansätzen für die enttäuschenden Wirkungen von Entwicklungshilfe in der Vergangenheit werden unterschiedliche Schlußfolgerungen aus der Diagnose gezogen. Die eine Seite setzt weiterhin darauf, daß günstigere Ergebnisse durch nachhaltig aufgestockte ODA-Leistungen und qualitative Verbesserungen zu erreichen sind [vgl. z.B. UNCTAD, 1983; Brandt, 1983]. Diese Kreise klagen die Industrieländer an, daß sie gegebene Versprechungen nicht eingehalten haben. Den Einflüssen, die es bisher verhindert haben, daß mehr Mittel aufgebracht und diese vorrangig zur Bekämpfung der absoluten Armut eingesetzt wurden, soll durch verstärkten politischen Druck entgegengewirkt werden. Abgesehen davon, daß dieses Vorhaben angesichts der Erörterungen im Abschnitt II wenig erfolgversprechend sein dürfte, scheint diese Gruppe die in den Abschnitten III und IV geschilderten entwicklungspolitischen Probleme nicht zu sehen. Im Fall der UNCTAD kann dies nicht überraschen, haben es doch die politischen Führer der Entwicklungsländer im Rahmen dieser Organisation schon immer verstanden; ihre Interessen zumindest verbal durchzusetzen; es wurde allerdings bereits gezeigt, daß dies nicht unbedingt die Interessen der Bevölkerungsmehrheit sind. Von der Nord-Süd-Kommission hätte man dagegen eher erwarten können, daß ausführlicher auf die Frage der Absorptionskapazität der Dritten Welt und die von den Kritikern aufgezeigten wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen durch Entwicklungshilfe eingegangen worden wäre. Statt dessen wiederholte die Kommission lediglich die schon im ersten Bericht einige Jahre zuvor erhobenen Forderungen nach einem vermehrten und verstetigten Ressourcentransfer, zum Beispiel durch die Aufbringung von internationalen Einnahmen aus der Besteuerung des Welthandels oder des Tiefseebergbaus.

Die radikal entgegengesetzte Position beziehen jene, die die staatliche Entwicklungshilfe selbst für die Wurzel allen Übels in der Dritten Welt halten. Konsequenterweise plädieren sie dafür, diese Form des Ressourcentransfers ganz einzustellen. Auf diese Weise kann der Druck auf den Staat, notwendige wirtschaftspoli-

tische Korrekturen vorzunehmen, erhöht und der staatliche Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen insgesamt zurückgedrängt werden. Individuelles Erfolgsstreben wird dadurch wieder attraktiver, da es gesamtwirtschaftlich positive Wirkungen entfaltet und die Abhängigkeit von externer Hilfe überwinden hilft.

Wem diese Konsequenz zu radikal ist - und dies scheint auch für die Mehrheit derjenigen zuzutreffen, die der traditionellen Entwicklungshilfekonzeption kritisch gegenüberstehen -, der muß die gewünschten Effekte wiederbelebter Eigenanstrengungen in den Entwicklungsländern dadurch zu erreichen suchen, daß er die ODA-Vergabe an anderen Kriterien orientiert. Die bisherigen Erörterungen erlauben den Schluß, daß es nicht ausreichend wäre, wenn die vielfach angekündigten - aber kaum realisierten - Qualitätsverbesserungen der Entwicklungshilfe nun doch verwirklicht würden. Ein erster weitergehender Vorschlag besteht darin, statt permanenter Unterstützung vorwiegend kurzfristige Katastrophenhilfe zu gewähren. So kann akute Not in der Folge von Naturkatastrophen oder ähnlichem gelindert und dennoch dauerhafte Abhängigkeit von Entwicklungshilfe beim Empfänger sowie ein Samariter-Dilemma beim Geber verhindert werden. Es wäre erheblich schwieriger, derartigen Fehlentwicklungen vorzubeugen, wenn der externen Hilfe - gemäß einem weiteren Vorschlag - die Funktion einer internationalen Sozialfürsorge zugeschrieben würde. Nach dieser Position, die etwa von Myrdal [1981b] eingenommen wird, soll gewährleistet werden, daß die Hilfe wirklich den Bedürftigen zugute kommt, indem deren (Grund-)Bedürfnisse nach Ernährung, Bekleidung, Wohnung, medizinischer Versorgung und Ausbildung befriedigt werden. Damit die Hilfe die Zielgruppen möglichst ungeschmälert erreichen kann, sollten die Leistungen nicht länger an die Regierungen der Entwicklungsländer, sondern unter Kontrolle der Geber an nichtstaatliche Organisationen gezahlt werden, die in unmittelbarem Kontakt zu den Bedürftigen die Verteilung übernehmen können. Trotz der einleuchtenden Zielsetzung ist diese Strategie mit Problemen behaftet: So existiert die Gefahr, daß bei einer dauerhaften, extern finanzierten Sozialfürsorge die Begünstigten eigenständige Vorsorgeanstrengungen weiterhin vernachlässigen werden und daß die Regierungen der Entwicklungsländer der Aufgabe, die Armut im eigenen Land zu bekämpfen, noch weniger Aufmerksamkeit widmen werden.

Eine Privatisierung des Ressourcentransfers in die Dritte Welt ist nicht nur für die Empfängerseite zu empfehlen. Gleichzeitig sollte auch auf der Geberseite eine Verlagerung zugunsten privater Hilfsorganisationen erfolgen. Selbst diejenigen, die jegliche staatliche Entwicklungshilfe ablehnen, räumen ein, daß die dort diagnosti-

dende Reformen notwendig sind, damit Entwicklungshilfe später einmal überflüssig werden kann. Es steht zu erwarten, daß zumindest diejenigen in den Entwicklungsländern, die durch die traditionelle Form der Auslandshilfe privilegiert werden, sich gegen Änderungen sträuben werden.

Die Industrieländer selbst bieten den zuletzt genannten Kreisen immer noch schlagkräftige Argumente in der Auseinandersetzung um wirtschaftspolitische Korrekturen. Ihnen selbst ist bisher nicht gelungen, was sie von den Entwicklungsländern verlangen: Strukturwandel zuzulassen und vielfältige staatliche Interventionen in den Marktprozeß abzubauen. Solange beispielsweise die EG mit ihrer verfehlten Agrarpolitik dazu beiträgt, daß es für Staaten der Dritten Welt auf kurze Sicht günstiger ist, die EG-Uberschußproduktion zu subventionierten Preisen zu importieren, statt das eigene landwirtschaftliche Potential zu nutzen, kann man kaum auf eine durchschlagende Wirkung des Politikdialogs hoffen. In dem Maße, in dem die Industriestaaten überdies ihre Märkte gegenüber Exporten aus den Entwicklungsländern abschotten, sind sie mit dafür verantwortlich, daß die Dritte Welt von externer Hilfe abhängig bleibt.

Literaturverzeichnis

- AGARWAL, Jamuna P., Martin DIPPL, Hans H. GLISMANN, Wirkungen der Entwicklungshilfe. Bestandsaufnahme und Überprüfung für die zweite Entwicklungsdekade. Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), 50, Köln 1984.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHE LATEINAMERIKA-FORSCHUNG, Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Lateinamerika: Bestandsaufnahme und Empfehlungen. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1983.
- BAUER, Peter, Entwicklungshilfe: Was steht auf dem Spiel? Kieler Vorträge, N.F., 97, Tübingen 1982.
- , "Staatliche Entwicklungshilfe - eine Irreführung. Die verheerenden politischen und wirtschaftlichen Folgen der staatlichen Hilfe". Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. März 1985.
- BAUTISTA, Romeo M., Helen HUGHES, David MORAWETZ, Francisco E. THOUMI, Capital Utilization in Manufacturing. Washington 1981.
- BHATIA, Atarbans Lal, Does Foreign Aid Help? Birla Institute of Scientific Research, New Delhi 1981.
- BÖLL, Winfried, "Sind alle Komplizen einer raffinierten Vernichtungsmaschine? Von den Schwierigkeiten der Entwicklungshilfe, dargestellt am Beispiel einer Fahnenflüchtigen". Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juli 1985.
- BRANDT, Willy (Hrsg.), Hilfe in der Weltkrise. Ein Sofortprogramm. Der 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Reinbek 1983.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT (BMZ), Die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen. Bonn 1980.
- CROSSWELL, Michael J., "Growth, Poverty Alleviation, and Foreign Assistance". In: Danny M. LEIPZIGER (Ed.), Basic Needs and Development. Cambridge, Mass., 1981, S. 181-218.
- DEUTSCHER BUNDESTAG, Sechster Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung. 10. Wahlperiode, Drucksache 10/3028. Bonn, 14. März 1985.
- DONGES, Juergen B., Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. Berlin 1981.
- , "Neue Wege im Verhältnis zu den Entwicklungsländern". In: Herbert GIERSCH (Hrsg.), Wie es zu schaffen ist. Agenda für die deutsche Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1983, S. 55-77.
- DOWLING, John M., Ulrich HIEMENZ "Aid, Savings, and Growth in the Asian Region". The Developing Economies, Vol. 21, 1983, Nr. 1, S. 3-13.

- DOWLING, John M., Ulrich HIEMENZ, "Biases in the Allocation of Foreign Aid: Some New Evidence". World Development, Vol. 13, 1985, Nr. 4, S. 535-541.
- EDELMAN, John A., Hollis B. CHENERY, "Aid and Income Distribution". In: Jagdish N. BHAGWATI (Ed.), The New International Economic Order: The North-South Debate. 2. Aufl. Cambridge, Mass., 1978, S. 27-49.
- ELSENHANS, Hartmut, Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt 1981.
- ERLER, Brigitte, Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe. Freiburg 1985.
- FISCHER, Bernhard, Thomas MAYER, "Mehr Nahrungsmittelhilfe oder Neuorientierung der Agrarpreispolitik in Entwicklungsländern?". Die Weltwirtschaft, 1981, H. 1, S. 163-172.
- GALBRAITH, John K., Economics, Peace and Laughter. Boston 1971.
- GIERSCH, Herbert [1984a], "Entwicklungshilfe anders". Wirtschaftswoche vom 3. Februar 1984.
- [1984b], "Korruption als Hindernis: Nichtstaatliche Entwicklungshilfe hätte größere Erfolgchancen". Rheinischer Merkur, Christ und Welt vom 13. Januar 1984.
- GULATI, Umesh C., "Effect of Capital Imports on Savings and Growth in Less Developed Countries". Economic Inquiry, Vol. 16, 1978, Nr. 4, S. 563-569.
- HAQ, Mahbub ul, Shahid Javed BURKI, Meeting Basic Needs: An Overview. World Bank, Poverty and Basic Needs Series. Washington 1980.
- HENDERSON, P.D., "The Distribution of Official Development Assistance Commitments by Recipient Countries and by Sources". Oxford Bulletin of Economics and Statistics, Vol. 33, 1971, Nr. 1, S. 1-20.
- ISENMAN, Paul J., "Biases in Aid Allocation against Poorer and Larger Countries". World Development, Vol. 4, 1976, Nr. 8, S. 631-641.
- KÖHLER, Volkmar, "Should Aid Be Abandoned?". Development and Cooperation, 1985, Nr. 1, S. 4-7.
- LANGHAMMER, Rolf J., Schwarzafrikas wirtschaftliche Malaise. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 104, Dezember 1984.
- MOLITOR, Bruno, Entwicklungspolitik am Scheideweg. Institut der deutschen Wirtschaft, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 135, Köln 1985.
- MYRDAL, Gunnar [1981a], "Need for Reforms in Underdeveloped Countries". In: Sven GRASSMAN, Erik LUNDBERG (Eds.), The World Economic Order. Past and Prospects. New York 1981, S. 501-525.
- [1981b], "Relief Instead of Development Aid". Intereconomics, Vol. 16, 1981, Nr. 2, S. 86-89.

ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD),
Development Co-operation, 1984 Review, Paris 1984.

PAPANEK, Gustav F., "Aid, Foreign Private Investment, Savings and Growth in
Less Developed Countries". Journal of Political Economy, Vol. 81, 1973, Nr. 1,
S. 120-130.

SCHUMACHER, Dieter, "Lieferbindung taugt nicht zur Steigerung der Beschäfti-
gung". Entwicklung und Zusammenarbeit, Vol. 26, 1985, Nr. 2, S. 8-10.

SOBHAN, Rehman, "The Crisis of External Dependence. The Political Economy of
Foreign Aid to Bangladesh. Dhaka 1982.

STREETEN, Paul, "Vom Wachstum zu den Grundbedürfnissen". Finanzierung & Ent-
wicklung, Vol. 16, 1979, Nr. 3, S. 28-31.

UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT (UNCTAD), "Ac-
tion to Spur World Recovery and Development Urged by UNCTAD-Secretariat".
UNCTAD-Bulletin, 192, April 1983, S. 1-5.

WARNKE, Jürgen, "Erklärung zum Sechsten Bericht zur Entwicklungspolitik der
Bundesregierung". Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundes-
regierung vom 19. März 1985.

WILKENS, Herbert, "Deutsche Entwicklungshilfe im internationalen Vergleich -
überdurchschnittliche Qualität gefährdet". Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung (DIW), Wochenbericht, Vol. 52, Berlin 1985, S. 255-262.